

Ressort: Politik

EU-Parlamentspräsident will 25.000-Euro-Freibetrag für zypriotische Kleinanleg

Brüssel, 17.03.2013, 01:00 Uhr

GDN - Der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz (SPD), übt Kritik an dem Hilfspaket für Zypern. "Die Beteiligung von Bankkunden ist richtig", sagte er der "Welt am Sonntag".

Es könne nicht sein, dass wie bisher am Ende immer die Steuerzahler gerade stehen müsse - gerade "angesichts riesiger Bankeinlagen ungeklärter Herkunft". Die heimischen Kleinsparer aber seien aber nicht verantwortlich für Misswirtschaft: "Die Lösung muss sozialverträglich sein", sagte Schulz. "Da muss nachgebessert werden, etwa über einen Freibetrag von 25.000 Euro." Die Euro-Gruppe hatte in der Nacht auf Samstag ein Hilfspaket für Zypern im Volumen von bis zu zehn Milliarden Euro beschlossen. Dabei werden auch Bankkunden kräftig zur Kasse gebeten. Bei Einlagen unter 100.000 Euro wird eine Abgabe von 6,75 Prozent fällig, darüber hinaus sind es 9,9 Prozent. Umstritten ist das Programm auch, weil es Vorwürfe gibt, Zypern locke mit niedrigen Firmensteuern und einer laxen Finanzaufsicht Schwarzgeld aus Russland an. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, kritisierte, dass auf dem Gipfel viele Fragen offen geblieben seien. "Für den weiteren Verlauf der Verhandlungen wird es entscheidend sein, ob unsere Forderungen nach einer Änderung des zypriotischen Geschäftsmodells, den Bedingungen für illegale Finanztransfers und nach der Einführung der Finanztransaktionssteuer umgesetzt werden." Deutliche Kritik kam von der Linkspartei. "Es ist nicht nachvollziehbar, dass Kleinanleger für die Fehler der Banken einstehen müssen", sagte Vize-Parteichef Axel Troost. "Außerdem untergräbt der Kompromiss das Vertrauen in die Einlagensicherungsfonds in Europa." Grünen-Haushaltsexpertin Priska Hinz hält den Kompromiss für grundsätzlich sinnvoll. "Die Einleger-Beteiligung ist insgesamt richtig, das haben wir als Opposition ja auch immer eingefordert." Auch in Notenbankkreisen war man zufrieden. "Die zyprischen Bankkunden sind mit dieser sehr moderaten Abgabe immer noch besser dran als mit einer Insolvenz ihrer Banken", sagte ein Zentralbanker der "Welt am Sonntag". Die Gefahr, dass Sparer in anderen Krisenstaaten ihr Geld abheben könnten, sei gering.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-10003/eu-parlamentspraesident-will-25000-euro-freibetrag-fuer-zyprische-kleinanleger.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619